

DIE HEUTIGE DEMOKRATIE

- Die "**heutige**" Demokratie verbietet Menschen ihre Freunde und Familie zu treffen.
- Die "**heutige**" Demokratie hat alte und kranke Menschen einsam sterben lassen.
- Die "**heutige**" Demokratie hat Kinder und Jugendliche massiv in ihren Bildungschancen eingeschränkt und traumatisiert.
- Die "**heutige**" Demokratie hat ein patientenzentriertes Gesundheitswesen zu einer pharmazentrierten Medizinindustrie umgebaut.
- Die "**heutige**" Demokratie beschimpft Menschen anderer Meinung als rechts und kriminalisiert und verfolgt sie.
- Die "**heutige**" Demokratie kriminalisiert kritische Künstler.
- Die "**heutige**" Demokratie verhaftet Ärzte und Wissenschaftler mit einer eigenen, abweichenden Diagnosestellung.
- Die "**heutige**" Demokratie zwingt Berufsgruppen experimentelle biomedizinische Behandlungen an sich durchführen zu lassen
- Die "**heutige**" Demokratie verbietet Demonstrationen gegen ihre Unmenschlichkeit.
- Die "**heutige**" Demokratie nennt sich bunt ist aber eine unappetitlich braune Einheitsmischung aus **rot-grün-gelb-schwarz**.
- Wer kein Gegner der heutigen Demokratie ist, ist kein Demokrat!



* Statements zum Hambacher Demokratiefest

- **Abgeordnete**, die für eine allgemeine COVID-Impfpflicht votieren, obwohl sie wissen, dass diese Impfung tödlich ausgehen kann, trachten ihrem eigenen Volk nach dem Leben und stehen daher **NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes**.
- Ein **Bundeskanzler**, der verkündet, im Kampf gegen das Corona-Virus kenne er keine roten Linien mehr, steht **NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes**. Denn es gibt dort für jegliche politische Intervention eine rote Linie – nämlich die Grundrechte.
- Eine **Bundesaußenministerin**, die ohne jede Vorwarnung öffentlich äußert, Deutschland befinde sich im Krieg mit Russland, steht **NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes**.
- Eine **Bundesinnenministerin**, die Beamten die Beweislast für ihre Verfassungstreue auferlegen will, steht **NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes**. Denn sie hat nicht verstanden, dass auch Beamte das Recht haben, für ihre Überzeugung zu streiten, und dass auch für Beamte das rechtsstaatliche Fundamentalprinzip der Unschuldsvermutung gilt.
- **Abgeordnete**, die für eine Stärkung der WHO eintreten, ohne sich mit den aktuell geplanten Regelwerken (Pandemievertrag) zu beschäftigen, stehen **NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes**.
- Eine **Bundesfamilienministerin**, die Antifa-Organisationen finanziert, deren einziges Ziel es ist, Regierungskritiker mit durch nicht gerechtfertigten Rechtsextremismus-Vorwürfen zu überziehen, stehen **NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes**.

© Offener Brief Prof. Martin Schwab, Rechtswissenschaftler
Ehem. Mitglied der Partei **dieBasis**

Als Basisdemokraten lehnen wir diese
antidemokratischen Methoden zutiefst ab.

Wir fordern mehr Basisdemokratie und
Volksabstimmungen, z.B. nach dem Schweizer
Modell.